

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Wittinghaus, Berlin.  
**Telefon:** Amt Dänhoff 4196/4198



**Anschrift für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin SW 61, Delle-Alliance-Platz 6  
**Telefon:** Spedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückfragen sind an den Verlag zu richten, wenn nicht anders vermerkt ist. Copyright für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Juli 1937

Soz. Geschiedenis Am Schandpfahl der Geschichte.  
Amsterdam

SPD. Der schlimmste Feind der Arbeiterschaft ist der Feind im Innern der Arbeiterbewegung, die kommunistische Partei. Sie hat sich noch immer in entscheidenden Situationen auf die Seite des Klassegegners geschlagen und die Geschäfte der Reaktion besorgt! Sie trägt Schuld daran, dass heute dem Ansturm des Faschismus nicht ein einheitlicher, ungebrochener Wille der Arbeiterschaft entgegengesetzt werden kann. Sie hat nicht nur die Arbeiterfront gespalten, sie ist selbst zum Feind übergelaufen. Die um Hugenberg jubeln über die Unterstützung, die sie von den Kommunisten erhalten. Hugenberg selbst steht in einem Aufruf, dass ein Erfolg des schwarzweissroten Volksentscheids ausgeschlossen erschien, aber, so triumphiert er, "das ist jetzt anders!" Die neuen Hoffnungen der Faschisten zeigen die kommunistische Partei am Schandpfahl der Geschichte.

Das Ueberläufertum zum schlimmsten Klassegegnern, der Verrat an den politischen Interessen und an dem Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft ist bei der kommunistischen Partei bereits Tradition. Sie wiederholt heute, was sie nach 1923 bereits geübt hat. Das war die Zeit des sogenannten Linkskurses der kommunistischen Partei unter Ruth Fischer und Konsorten. Dieser sogenannte Linkskurs war die schamloseste Unterstützung der faschistischen Rechten. Damals, zur Zeit des Beamtenabbaus nach der Stabilisierung, hat die kommunistische Partei der Reaktion geholfen, die Republikanisierung der Verwaltungen wieder rückgängig zu machen. Hand in Hand mit den Deutschnationalen haben die Kommunisten in zahllosen Gemeinden dafür gesorgt, dass sozialdemokratische Beamte abgebaut wurden, damit deutschnationale Beamte im Amt bleiben konnten!

Von dieser Tradition haben sie niemals abgelassen. Noch nach den Gemeindewahlen der jüngsten Zeit haben sie gemeinsam mit Deutschnationalen und anderen reaktionären Parteien dafür gesorgt, dass zahlreiche Gemeindeverwaltungen in reaktionäre Hände gerieten!

Unter der Herrschaft dieses sogenannten Linkskurses hat die kommunistische Zentrale systematisch den kommunistischen Arbeiter auf die sozialdemokratischen Arbeiter gehetzt. Sie hat Ueberfälle verhetzter Jugendlicher auf sozialdemokratische Arbeiter veranstaltet! Sie hat jugendlichen Kommunisten Messer, Schlagringe und Gummiknüppel in die Hand gedrückt und hat sie damit auf die sozialdemokratischen Arbeiter dressiert. Sie hat die Kampfmethoden der Ueberfälle auf klassenbewusste Arbeiter geschaffen und organisiert, die später den deutschen Faschisten als Vorbild gedient haben. Erst die ungeheure Entrüstung und die energische handgreifliche Abwehr der sozialdemokratischen Arbeiter, die besonders nach einem Ueberfall verhetzter Jungkommunisten auf Teilnehmer an einer sozialdemokratischen Riesenversammlung in Berlin emporschlug, hat diesem widerwärtigen Treiben ein Ende gemacht.

Damals warb Ruth Fischer inbrünstig um die faschistischen und antisemitischen Studenten, damals leisteten die Kommunisten im Preussischen Landtag wie

bei allen Wahlen den Deutschnationalen offene Bundeshilfe. Ostpreussische Jücker erklärten bei den Reichstagswahlen von 1924 ihren Arbeitern: "Wenn Ihr schon nicht deutschnational wählen könnt, dann wählt wenigstens kommunistisch". Und die Kommunisten revanchierten sich, wenn sie bei diesen Wahlen die Parole ausgaben: "Lieber Nationalsozialisten als Sozialdemokraten!"

Damals unterstützten die Kommunisten jeden Ansturm der Reaktion gegen sozialdemokratische Minister in Preussen. "Wir haben fünfmal die schwarzrot-goldene Regierung gestürzt", so rühmte sich damals laut Ruth Fischer.

Der Gipfel aber war erklimmen, als bei der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925 die Kommunisten dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, der damals der Kandidat der gesamten Rechten war, zum Siege verhalfen! Als Hindenburg dann gewählt war, versuchten sich die Kommunisten, die seine Wahl herbeigeführt hatten, an die sozialdemokratischen Arbeiter mit sogenannten Unterstützungsangeboten heranzumachen!

Das ist die Tradition des Ueberläufertums, der die kommunistische Partei bei ihrer Unterstützung des schwarzweissroten Volksentscheids der deutschen Faschisten folgt! Die um Hugenberg und Hitler wissen, was sie an ihren Kommunisten haben. Ihr Ziel ist die Niederwerfung und Niederknüppelung der Arbeiterschaft. Ihr Programm ist bekannt: Aufhebung des Arbeiterschutzes, Beseitigung der Sozialversicherung, Beseitigung des Arbeitsrechts, Beseitigung des Organisationsrechts, Beseitigung der Konsumvereine, der Arbeiterbanken, der Arbeiterpresse, Beseitigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Niemals können sie diese Ziele erreichen, wenn die Arbeiterschaft einig ist! Dass die kommunistische Partei zu ihnen übergelaufen ist, stärkt ihre Hoffnungen. Sie wollen zunächst die Macht in Preussen um das alte Dreiklassenpreussen wieder herstellen. Aber sie wollen mehr, sie wollen mit dieser schwarzweissroten faschistischen Aktion zugleich die im nächsten Jahre fällige Reichspräsidentenwahl vorbereiten. Sie wollen diesmal einen garantiert echten "nationalen" Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten des faschistischen Staatsstreichs. Das ist das Ziel, das der Bundeskanzler des Stahlhelms am Mittwoch auf einer Pressebesprechung bei der Stahlhelmführung in Magdeburg aufgestellt hat.

Da sind die Kommunisten wieder genau in derselben Front, wie 1925. Sie sind abermals zum Feinde übergelaufen, sie haben abermals die Front der klassenbewussten Arbeiterschaft verraten!

-----  
SPD. Kiel, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Verbrüderung der Nationalsozialisten und Kommunisten, die in ihrem Kampf gegen Preussen ihren bisherigen Höhepunkt gefunden hat, drückt sich u. a. auch in einem gemeinsamen Versammlungsschutz in Schleswig-Holstein aus. Im Lockstedter Lager schimpfte ein kommunistischer Redner auf die SPD. Nach der Beendigung der Versammlung zogen aus Kellinghausen anwesende Kommunisten wieder in ihre Heimatstadt zurück. Ihr Häuflein befand sich in der Mitte von SA-Leuten, die den Anfang und das Ende des Zuges bildeten und gemeinsam mit den Kommunisten Niederrufe auf die Sozialdemokratie ausbrachten.

-----  
SPD. Paris, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" gibt am Mittwoch zu den deutsch-englischen Ministerbesprechungen seiner Meinung dahin Ausdruck, dass sich die englischen und die deutschen Minister hauptsächlich über die politische Seite der gegenwärtigen Krise, deren Lösung eine Verständigung mit Frankreich erfordere, sowie über das Abrüstungsproblem unterhalten haben. Wörtlich schreibt das Blatt dann weiter: "Weder in bezug auf die Verständigung mit Frankreich auf der Basis der bekannten Garantien noch in bezug auf die Abrüstung scheint die Reichsregierung

regierung ihren ursprünglichen Standpunkt geändert zu haben. Alles hängt davon ab, was Reichskanzler Brüning tun kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von seiner schwachen Parlamentsmehrheit desavouiert und gestürzt zu werden. Wenn die deutsche öffentliche Meinung ihm wirklich verbietet, die für die Verständigung mit Frankreich notwendigen Zugeständnisse zu machen, verbietet sie ihm gleichfalls aus nationalen Gründen, den amerikanischen und englischen Anregungen auf dem Gebiet der Abrüstung Rechnung zu tragen. Von einer Befestigung des Kabinetts Brüning hängen gegenwärtig die Entwicklung der internationalen Lage und das Heil des deutschen Volkes ab. Es ist ziemlich nutzlos, über die Möglichkeiten von morgen zu diskutieren, bevor man sich über diesen Hauptpunkt nicht klar ist."

Das schwerindustrielle "Journal des Débats" geht nochmals auf die Erklärungen MacDonalds vor den Vertretern der Presse ein und wendet sich besonders gegen die Ausführungen des Premierministers über die Revision der Friedensverträge. Sie seien ein Beweis dafür, so schreibt das Blatt, dass MacDonald wieder einmal den "Umsturzbestrebungen" Deutschlands geschmeichelt habe, was ein sonderbares Verfahren für die Wiederherstellung des Vertrauens und der Befestigung des Friedens sei. Das Blatt beklagt sich schliesslich darüber, dass die Ansicht der englischen Regierung von einer grossen Zahl Engländern geteilt wird, was aus dem Leitartikel der "Times" vom Dienstag hervorgehe.

-----

SPD. Essen, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Essener "Nationalzeitung", das Organ der Nationalsozialisten des rheinischen Ruhrgebietes steht vor dem finanziellen Ruin und hat von ihren Gläubigern ein "Moratorium" erbeten. Die Forderungen sollen nach Möglichkeit in Raten vom 1. Februar bis Mai 1932 getilgt werden. Aus dem Status des Blattes ergibt sich, dass die Aktiven 252 000 Mark, die Passiven 533 000 Mark betragen, also eine Ueberschuldung von 278 000 Mark besteht.

Die Gläubiger lehnten das "Moratorium" in der ihnen vorgeschlagenen Form ab. Man hatte ihnen als Sicherheit u.a. die Abtretung einer Forderung des früheren Nazi-Verlegers Schmidt in Höhe von 200 000 Mark angeboten, die dieser aus einem Prozess mit der Stadt Kiel herleitet. Damit war die Gläubigerschaft jedoch nicht zufrieden. Sie forderte als Voraussetzung für ein Stillhalten die rechtsverbindliche Bürgschaft Hitlers bzw. der Reichsparteileitung. Schliesslich wurde ein vorläufiger Gläubigerausschuss gebildet. Ihm soll zunächst schriftlich der genaue Status des Blattes mitgeteilt und nach Verhandlungen mit Hitler in einer neuen Versammlung Bericht erstattet werden.

Als Vertreter Hitlers wohnte ein Major a.D. Wagner, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, der Gläubigerversammlung bei. Er erklärte, dass er sich für die Bürgschaft Hitlers einsetzen werde. Er fahre sofort nach Nürnberg, wo Hitler eine Besprechung mit einem anderen Parteiführer habe

+ + +

Wer ist der "andere Parteiführer", der am Dienstag in Nürnberg mit Hitler konspiriert hat? Etwa Herr Dingeldey von der Deutschen Volkspartei ?!

-----

SPD. Der Lohnschiedsspruch für die Gruppe Nordwest des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

-----

SPD. Den Haag, 29. Juli (Eig. Bericht)

In vornehmer Abgeschlossenheit liegt der Haager Friedenspalast am Eingang zu dem weiten Park der holländischen Residenz, dem Bosch, und vornehme Gelassenheit beherrscht alles, was in diesem Gebäude behandelt wird. Nur die verhaltene Leidenschaft klingt hin und wieder als Unterton aus den Reden der ersten Juristen der Welt hervor, die hier vor einem absolut zurückhaltenden Richterkollegium die grossen Fragen, die ihnen anvertraut wurden, zergliedern.

Vornehme Ruhe kennzeichnet auch die jetzigen Verhandlungen vor dem Haager Ständigen Internationalen Gerichtshof, wo über die rechtliche Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion entschieden werden soll. Die Franzosen sind indessen stets im Vorteil, denn die Verhandlungssprache des Hofes ist französisch. Des Ausgleiches wegen findet noch eine Uebersetzung ins Englische statt, während die von mehr 90 Millionen Menschen in Europa gesprochene deutsche Sprache hier bisher die Parität nicht errungen hat. Bei jedem Prozess, an dem Frankreich beteiligt ist, haben die französischen Juristen den unbestreitbaren Vorteil, dass sie sich ihrer Muttersprache bedienen können. Gewiss ist Paul Boncour, der französische Vertreter, der am Freitag und Sonnabend vor dem Hof sprach, ein glänzender Redner, ein ausgezeichnete Advokat, aber würde er mit gleichem überzeugenden Schwunge haben reden können, wenn er genötigt gewesen wäre, eine englische oder deutsche Uebersetzung seiner Rede vorzutragen? Hierin liegt die grössere Schwierigkeit der Vertreter namentlich der deutschsprechenden Länder.

Die holländische Presse gibt unumwunden zu, dass das Referat des deutschen Vertreters Professor Dr. Bruns in ausgezeichnetem Französisch verlesen wurde, aber Dr. Bruns blieben dabei die Kraft und der grössere Nachdruck des in der eigenen Sprache gesprochenen Wortes versagt. Nicht besser erging es Professor Dr. Sperl, dem österreichischen Vertreter, dessen Französisch ein gewisser Wiener Akzent nachgesagt wurde. Hier liegt ein unbestreitbarer Nachteil des Verfahrens vor dem Internationalen Hof vor; dem Deutschen als der doch nicht nur in Deutschland gesprochenen dritten grossen Kultursprache unseres Kontinentes müsste unbedingt die Gleichwertigkeit eingeräumt werden. Heute können nur die Franzosen und allenfalls noch die Engländer, die den Hof bisher nur sehr wenig in Anspruch genommen haben, vor dem Richterkollegium frei sprechen.

Die Redeschlacht hat nun schon über eine Woche getobt, wobei natürlich von allen Seiten die korrekteste Form gewahrt wurde. Die Tribünen, die die ersten Tage überfüllt waren, beginnen sich langsam zu leeren, und die Aufgabe jedes folgenden Juristen ist undankbarer als die seines Vorgängers. Es sind Rekordreden, die in der ersten Verhandlungswoche dieses Verfahrens gehalten wurden. Noch ist ein Ende dieser Redeschlacht nicht abzusehen, und der Strom der Worte wetteifert an Ausdauer mit dem Regen, der nun schon seit Tagen gegen die Scheiben des hohen Saales schlägt.....

-----

SPD. "Heraus aus der Sackgasse" - das ist der tägliche Ruf der Nazi-Presse. Aber wie aus der Sackgasse herauszukommen ist, das macht ihr keine Sorge. Die überlassen Hitler und Konsorten anderen.

"Vor uns liegt die neuste Nummer des Berliner Nazi-Blattes. In nicht weniger als einer Spalte wird darin gewettert, daß alles anders werden muss. Der Phrasenschwall erreicht schliesslich seinen Höhepunkt mit folgenden Worten:

"Wir wollen nicht alles opfern, um nach einer kurzen, durch französisches Gold gewährten Atempause noch schlimmerer deutscher Not, noch schlimmerer deutscher Arbeitslosigkeit anheimzufallen. Wir wollen die Umkehr und wir wollen die Umkehr in allen Dingen, die Umkehr im Innern und die Umkehr in der Aussenpolitik."

Aber warum Umkehr und wie - das ist und bleibt das innerste Geheimnis der ewigen Maulfechter! In Thüringen und Braunschweig, wo sie Gelegenheit

hatten der Welt zu zeigen wie die "Umkehr" zu erfolgen hat und wie "alles" besser zu machen ist, da sind sie davongelaufen, wie der Hase vor den Schützen. Da haben sie sich aus Furcht vor der Verantwortung seitwärts in die Büsche geschlagen. Und so etwas bringt es dennoch fertig nach "Umkehr in allen Dingen" zu schreien. Aus Dummheit oder aus Demagogie?

+ + +

Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, die in Braunschweig mit Herrn Franzen die Regierung bildet, schreibt zu dem Rücktritt des Herrn Franzen:

"Die wahre Ursache dürfte ganz zweifellos darin zu suchen sein, dass der nationalsozialistische Minister sich ausserstande sieht, auch nur zum bescheidenen Teile die Hoffnungen zu erfüllen, die seine Partei überall geweckt hat."

Die Flucht des Herrn Franzen vor der Verantwortung wird hier sozusagen von zuständiger Seite bestätigt.

-----

SPD. Wien, 29. Juli (Eig. Bericht)

Die Internationale Frauenkonferenz fand ihren Abschluss mit der einstimmigen Annahme einer ganzen Reihe von Entschliessungen, in denen die Stimmung der Konferenz wiedergegeben ist. U.a. wird darin festgestellt:

Die Frauen-Organisationen haben nicht in allen Ländern einen gleich raschen Aufstieg genommen. Der internationale Frauentag hat jedoch überall einen mächtigen Auftrieb gebracht. Er soll zu einer wahrhaften Demonstration der sozialistischen Frauen ausgestaltet werden. Fast ebenso wie in den Lokalorganisationen klagten einige Delegierte über geringe Unterstützung durch die männlichen Organisationsvertreter. Aber einstimmig war die Konferenz der Ueberzeugung, dass die Arbeit der sozialistischen Frauen nur in engster Verbundenheit mit der Gesamtorganisation möglich ist. Seit der letzten Internationalen Frauenkonferenz haben die englischen Frauen nicht nur das Wahlrecht erhalten, sondern auch den Sieg der Arbeiterpartei mitentschieden. Aber grosse Länder mit alter Demokratie wie Frankreich und die Schweiz halten die Frauen politisch noch immer in geringerem Recht. Die halb und ganz faschistisch regierten Länder halten die Frauen in geistiger und politischer Unfreiheit. Während über die Notwendigkeit, der Frau in der Wahl der Staatsbürgerschaft bei ihrer Eheschliessung volle Freiheit zu geben, auf dem Kongress volle Klarheit herrschte, zeigten sich in Mutterschaftsfragen Verschiedenheiten der Anschauungen. Manche Länder, wie Estland und Lettland, sind in Mutterschaftsfragen sehr weit fortgeschritten. In England bestehen gegen die Schwangerschaftsunterbrechung bis tief in die Reihen der Arbeiterfrauen hinein noch fest verankerte religiöse Bedenken. Die Konferenz beschloss daher zunächst Erhebungen darüber einzuleiten, wie es in den verschiedenen Ländern mit dem § 218 steht, bevor nähere Beschlüsse darüber gefasst werden.

Es ist klar, dass in einer Zeit der Krise, die sozialistischen Frauen Verwirklichung der alten Forderung "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" verlangen. Sie fordern ferner Schutz der arbeitenden Frau, im Bewusstsein, dass der Not und der Arbeitslosigkeit, die aus dem System des Kapitalismus entspringen, nicht durch Kampf gegen die Frauenarbeit, sondern nur durch Kampf um Arbeit und durch Hebung der Lage der arbeitenden Frauen entgegengewirkt werden kann - solange nicht das System selbst beseitigt ist.

Weitere Resolutionen begrüßen die schwerbedrückten Frauen des Landvolks, die erst sozialpolitische Rechte gewinnen müssen und verlangen für die Hausgehilfinnen Würdigung ihrer Leistung, Anerkennung und gesetzliche Verankerung ihrer sozialpolitischen Rechte.

-----

SPD. Dresden, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Mit der Verschmelzung der Sächsischen Staatsbank und der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt ("Adca") wird sich auch der Landtag zu befassen haben, da die sächsische Verfassung vorschreibt, dass das Parlament jeweils seine Zustimmung zu der Uebernahme von Sicherheitsleistungen zu Lasten des Staates zu geben hat. Eine solche Sicherheitsleistung liegt in der Uebernahme der Garantie für die Geschäfte der "Adca". Da der Landtag vor drei Wochen in Ferien gegangen ist, wird die Regierung zunächst eine Notverordnung erlassen, die später vom Landtag genehmigt werden muss.

Die Vorstände beider Banken treten gemeinsam in den Vorstand der neu gegründeten Offenen Handelsgesellschaft ein. Die Niederlassungen der Banken in gleichen Städten werden zusammengelegt. Damit ist ein Personalabbau verbunden. Das Personal der Staatsbank belief sich Ende 1930 auf 542, das der "Adca" auf 2 591 Personen.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afabund haben sich am Mittwoch mit der wirtschaftlichen Lage beschäftigt und folgende Entschliessung angenommen :

"Die ernste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschiedenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten betroffenen Volksmassen erheben daher folgende Forderungen :

I. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmässig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechseldiskontierung der Reichsbank notwendig.

II. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern, sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgeschreckt werden.

III. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverschuldungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteübereinkommen durch ein teilweises Auslandsmoratorium zu ergänzen.

IV. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muss massgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu diesem Zwecke ist ein Bankenamt zu errichten. Zuseinen Aufgaben gehört besonders: die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchführung der Richtlinien zu überwachen.

V. Die ins Ausland und in ausländische Werte geflüchteten Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen "Notverordnungen gegen die Kapitalflucht" beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie sind deshalb zu erweitern:

1. Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten; 2. Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen; 3. Die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden. 4. Ueber die zur Ueberwindung der augenblicklichen Stockung zu treffenden Massnahmen hinaus sind zur Rückkehr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig.

Ebenso dringlich sind Sicherheitsmassnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Läger zu räumen, dürfen Verlust

verkäufe nicht gescheut werden. Kartellhemmungen müssen beseitigt werden. Ueberhöhte Zölle in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Aussenpolitik muss in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein."

-----

SPD. London, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

MacDonald ist am Mittwoch-Abend aus Berlin kommend im Flughafen von Hendon eingetroffen. Als er den Flugplatz verliess, gab er folgende Erklärung ab :

"Unsere Unterhaltungen in Berlin waren sehr zufriedenstellend und erfolgreich. Wir haben über alles gesprochen, was Europa betrifft, aber unser Werk ist hoch nicht vollendet. Bevor weitere Schritte unternommen werden, müssen wir den Bericht der Banksachverständigen abwarten, die noch in Berlin sind. Wir werden weitere Konferenzen haben, aber wann und wo kann ich noch nicht sagen."

+ + +  
Die Banksachverständigen werden ihren Bericht wahrscheinlich noch in dieser Woche fertigstellen und an MacDonald, als dem Vorsitzenden der Londoner Konferenz, weiterleiten.

-----

SPD. Die Kommunisten haben die sofortige Einberufung des preussischen Landtags gefordert. Sie wollen auf diese Weise die auf Grund der Pressenotverordnung des Reichspräsidenten erlassenen Verbote kommunistischer Zeitungen rückgängig zu machen versuchen.

Die Kommunistische Fraktion des preussischen Landtags zählt 50 Mitglieder, während die Einberufung des Landtags nur zu erfolgen braucht, wenn 90 Mitglieder einen entsprechenden Antrag stellen. Damit wird die Bundesgenossenschaft Hugenberg-Thälmann für den Volksentscheid zum ersten Mal von der KPD auf die Probe gestellt. Wird Hugenberg seinen Bundesgenossen die fehlenden 40 Stimmen pumpen oder wird er die Kreaturen von der anderen Seite mit einem Fusstritt bedenken ?

-----

SPD. London, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Führer der liberalen Partei Lloyd George hat sich am Mittwoch einer Nierenoperation unterziehen müssen. Die Operation ist gut verlaufen. Die Ursache für die Nierenblutungen, die Anlass zu dem ärztlichen Eingriff gab, wurde nach Mitteilung der Ärzte durch den operativen Eingriff völlig beseitigt. Die Ärzte weisen jedoch in einem Bulletin gleichzeitig auf den schweren Charakter der Operation hin.

-----

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat am Mittwoch zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage Stellung genommen. Nach Vorträgen Dr. Silberbergs und Geheimrat Kastls nahm man eine Entschliessung an, die "sich gegen alle Vorschläge ausspricht, die irgendwie das Vertrauen in die deutsche Währung zu erschüttern geeignet wären". Hinsichtlich der Erhöhung des Reichsbankdiskonts wird betont, dass, wenn sich angesichts der Entwicklung der Verhältnisse ein höherer Reichsbankdiskont für eine kurze Uebergangszeit nicht vermeiden lasse, unbedingt dafür Sorge getragen werden müsse, dass dabei "jede Uebertreibung, wie sie da und dort gefordert würde, unterbleibt". Es komme darauf an, das Wirtschaftsleben vor unerträglichen Belastungen zu bewahren und nicht unnötigerweise den schon in bedenklichem Umfang vorhandenen

Schrumpungsprozess zu vergrössern.

Die Bedenken des Reichsverbandes gegen die Auswirkungen eines höheren Reichsbankdiskontsatzes können nicht als stichhaltig anerkannt werden. Wenn man sich schon dafür ausspricht, den Verhältnissen durch Erhöhung des Reichsbankdiskonts Rechnung zu tragen, so muss man sich auch zu einer solchen Erhöhung entschliessen, die den Missbrauch des Reichsbankkredits ausschliesst. Andernfalls haben Entschliessungen, die das Vertrauen zur deutschen Währung erschüttern könnten, gar keinen Sinn.

SPD, Braunschweig, 29. Juli (Eig. Drahtb.)  
Das seit 100 Jahren in Braunschweig bestehende Bankhaus D. Meyerfeld hat am Mittwoch seine Schalter schliessen müssen. Es muss einen gerichtlichen Vergleich mit seinen Gläubigern anstreben. Das Bankhaus Meyerfeld stand seit Jahrzehnten in engeren Beziehungen zur Dresdner Bank.

SPD. Die Beratungen des Reichskabinetts über die Normalisierung des Zahlungsverkehrs werden am Sonnabend abgeschlossen werden. Ihr Ergebnis wird in neuen Notverordnungen niedergelegt, in denen für die Banken eine völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs und für die Sparkasse eine starke Lockerung der gegenwärtigen Zahlungssperre angeordnet werden dürfte. In diesem Zusammenhang ist die Ernennung eines besonderen Wirtschaftskommissars von der Reichsregierung ebensowenig beabsichtigt wie die Ernennung eines Bankkommissars. Richtig ist jedoch, dass an den Beratungen des Kabinettsausschusses für Wirtschaftsfragen ausser dem Generaldirektor der I.G. Farbenindustrie Schmitz auch der Berliner Bankier Melchior teilnimmt. Beide haben auf Wunsch der Reichsregierung als Wirtschaftssachverständige bereits an der letzten Londoner Konferenz teilgenommen.

Die Verhandlungen der Reichsbank mit den Vertretern des ausländischen Stillhaltekonkordiums haben in prinzipieller Hinsicht bereits zu einer Verständigung geführt.

+ + +  
Die Gesandten von Österreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei haben am Mittwoch im Auswärtigen Amt einen gemeinsamen Schritt gegen die Ausreisesperre unternommen. Dennoch ist die Hoffnung, dass die Sperre schon in absehbarer Zeit fällt, nach unseren Informationen, unbegründet. Der Reichsfinanzminister hängt z. Zt. noch sehr an seinem Kind, und zwar sowohl aus wirtschaftlichen als auch politischen Gründen.

SPD. Amsterdam, 29. Juli (Eig. Drahtb.)  
Vor dem Haager Ständigen Internationalen Gerichtshof bezeichnete der italienische Vertreter Pilotti am Mittwoch die in dem Genfer Protokoll von 1922 festgelegte Unabhängigkeit Österreichs nicht nur als eine formal juristische, sondern auch als eine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Österreich sei durch dieses Protokoll nicht das Recht der Aufhebung seiner Zollgrenzen gegenüber einem dritten Staat eingeräumt. Die Zollunion sei auf jeden Fall eine Beeinträchtigung der handelspolitischen Handlungsfreiheit. Ueberdies bedeute die juristische Gegenseitigkeit und Gleichheit noch nicht, dass diese Faktoren auch tatsächlich gegeben seien. Eine derartige Abschwächung der österreichischen Unabhängigkeit sei ohne Zustimmung des Völkerbundsrates nicht möglich. Der zweite italienische Vertreter, Professor Scialoja, erklärte ebenfalls, dass der Hof sein Gutachten ohne Berücksichtigung des Genfer Protokolls von 1922 nicht abgeben könne. Die Unabhängigkeit Österreichs bilde

einen Teil der europäischen Politik. Auch verpflichtete Artikel 88 des Vertrages von St. Germain Österreich, sich von jeder Handlung fernzuhalten, die sein Unabhängigkeit direkt, indirekt oder auf irgend eine Weise kompromittieren könne.

---

SPD. Der britische Premierminister Ramsay MacDonald hat auf seiner Rückreise nach England vom Haag aus folgendes Telegramm an den Reichskanzler gesandt :

"Bis hierher auf meiner Rückreise gelangt, möchte ich, ehe ich den Kanal überquere, Ihnen versichern, wie sehr mich der herzliche Empfang, den Sie mir bereitet haben, erfreut hat und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass diese Zusammenkunft dem Fortschritt und dem Frieden Europas dienen möge."

---

SPD. Madrid, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die spanische Regierung hat angeordnet, dass Ausländer in Zukunft nur noch mit der Genehmigung des Ministerrates spanisches Land kaufen können. Nach dem gleichen Dekret sind alle geerbten Liegenschaften innerhalb eines Jahres zu veräußern. Man hofft, auf diese Weise in Anbetracht der bevorstehenden Agrarreform jede Bodenspekulation zu verhindern.

---

SPD. Riga, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Das Luftschiff "Graf Zeppelin" befindet sich seit Mittwoch-Vormittag auf dem Rückwege nach Leningrad. Es hat nachmittags um 4,30 Uhr die Insel von Kap Schelanja überquert. Eckener hofft, Leningrad am Donnerstag gegen Abend zu erreichen und beabsichtigt, noch in der Nacht zum Freitag nach Berlin starten zu können.

Das Luftschiff war in Anbetracht der starken Mitternachtssonne in der Arktis 40 Stunden ohne jede Funkverbindung. Seine Versuche, mit dem Ozeandampfer "Resolute" Funkverbindung aufzunehmen, scheiterten an den starken Luftstörungen.

---

SPD. Ein Termin für den Besuch des französischen Ministerpräsidenten und Aussenministers in Deutschland steht bisher noch nicht fest. Es ist aber so gut wie sicher, dass Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius vor dem Besuch der französischen Minister der Einladung der italienischen Regierung nach Rom nachkommen werden.

---

SPD. Die Stadt Trier ist infolge mangelnder Bargeldmittel gezwungen, den Beamten im Monat August am 1., 10. und 20. je ein Drittel ihres Gehalts zu zahlen.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# aus aller Welt

## Kältetechnik gegen Sommerhitze.

Interessante Wissenschaft amerikanischer Professoren - Sterben im Winter mehr Menschen durch Hitze als im Sommer?

SPD. New York, Mitte Juli (Eig. Ber.)

Wieder berichten die Zeitungen, dass sich an einem Tage in New York allein zehn oder zwölf oder noch mehr Todesfälle der Hitze zufolge ereignet haben. Das macht auf niemanden einen besonderen Eindruck. Nur wenige Leute lesen diese Meldungen überhaupt. Die Amerikaner haben sich daran gewöhnt, dass Hitze wellen eben ihre Opfer fordern! Aber wir nähern uns mit Riesenschritten der Zeit, da etwas gegen die Hitze mit Erfolg unternommen werden wird, nicht nur in grossen öffentlichen Lokalitäten, sondern auch in allen Wohnungen.

+

Bis zur Generation Benjamin Franklins war der offene Kamin das einzige Mittel der Temperaturbeeinflussung. Franklin erfand den Ofen und als dessen logische Folge entstand die Zentralheizung. Damit glauben wir nun die Vollendung erreicht zu haben. Dieser Irrtum - erklärt Dr. H. H. Sheldon, Professor der Physik an der Universität New York - muss aufgeklärt werden. "In unseren Wohnungen", schreibt Sheldon in amerikanischen Blättern, "herrscht eine Temperatur von 20 Grad Celsius, wenn wir uns zum Frühstück setzen, und 20 Grad Celsius lesen wir vom Thermometer ab, wenn wir uns zu Bett begeben. Wir können für mehrere Tage verreisen und werden nach unserer Rückkehr die Temperatur unverändert vorfinden. Aber ist denn der Thermometerstand wirklich allein massgebend? Haben Sie nie bemerkt, wie die Möbel im Winter zu krachen anfangen und oft auseinandergehen? Haben Sie den Tanz der Staubteilchen in Ihren Wohnungen bemerkt, wenn ein Sonnenstrahl durchs Fenster fällt?"

Dr. Willis H. Carrier, der frühere Präsident der Amerikanischen Vereinigung für Kältetechnik, zugleich auch der hervorragendste Fachmann auf dem Gebiete der Heiztechnik sagt hierüber: "Die Trockenheit der Luft erzeugt Staub und elektrisiert die Staubteilchen, sodass sie in Schwebelage bleiben. Wir müssten im Winter die Zimmerluft ebenso mit Staubsaugern reinigen wie wir es bei unseren Teppichen tun. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die meisten Erkältungskrankheiten eine Folge verfehlter Heizmethoden und besonders des Feuchtigkeitsmangels der Luft sind." Und in der Tat wird unseren Nasen eine Aufgabe zugemutet, für die sie nicht geschaffen sind - die Staubteilchen aus der Zimmerluft, die in unsere Lungen geht, zu filtrieren. Nach der Ansicht der genannten amerikanischen Wärmegelehrten kann kein Zweifel darüber bestehen, dass heute viel mehr Menschen im Winter durch die Hitze sterben als im Sommer!

+

Wo gibt es heute schon künstliche Kühlanlagen? Wenn wir die Ankündigung eines Theaters oder eines Kinos "20 Grad kühler als draussen" lesen, wissen wir, dass sie von der Wahrheit nicht allzuweit entfernt ist. Wie wird dieser Temperaturunterschied zuwegegebracht?

Die Verwendung künstlicher Kühlung in den Theatern stellt den ersten Schritt dar. Nicht nur in technischer Beziehung, sondern auch in psychologischer, da sie viele Leute überhaupt erst auf die Möglichkeit aufmerksam macht, der Sommerhitze erfolgreich zu begegnen. Aber Kühlanlagen sind nicht mehr auf Theater beschränkt. Es gibt in Amerika bereits mehrere grosse Kaufhäuser mit Zentralkühlung. Einige Bürogebäude folgen ihnen. Man hat hier, natürlich,

darauf hingewiesen, dass sich die Kosten der Kühlanlagen bereits dann mehr als bezahlt machen würden, wenn sie die Leistungsfähigkeit jedes Angestellten nur um den Arbeitswert von durchschnittlich zehn Minuten zu steigern vermöchten.

Durchaus nicht selten ist heute die Verwendung künstlichen Wetters für experimentelle Zwecke. An der medizinischen Fakultät der amerikanischen John Hopkins-Universität braucht man nur auf einen Knopf zu drücken, um winterliche Kälte zu erzielen. Jedes gewünschte Klima, von der trockenen, tropischen Hitze der Sahara bis zur arktischen Kälte, kann fast augenblicklich bewirkt werden. Das staatliche Bergwerks-Forschungsinstitut der Vereinigten Staaten hat ähnliche Anlagen, und zur Erprobung von Aeroplanmotoren werden dieselben Methoden angewandt. Aeroplane müssen in sehr kurzen Zeiträumen aus warmen in kalte Luftschichten, aus Zonen hohen Luftdrucks in solche niedrigen Luftdrucks und aus trockenen in feuchte Luftschichten aufsteigen. Durch die Apparate zur Erzeugung künstlichen Wetters kann die Reaktion der Maschinen auf all diese Arten plötzlichen Wechsels untersucht werden, ohne das Leben eines Piloten zu gefährden. Auch eine grosse Kamerafabrik hat zum künstlichen Wetter ihre Zuflucht genommen. Ihre photographischen Apparate, Platten und Chemikalien zum Entwickeln derselben werden in alle Teile der Welt exportiert und müssen unter allen klimatischen Verhältnissen ihren Dienst tun.

Am wertvollsten erweist sich das künstliche Wetter bei gewissen Fabrikationsprozessen. So sind beispielsweise in Bonbonfabriken Temperatur und Luftfeuchtigkeit von grösster Bedeutung. Auch in Zigarettenfabriken werden Temperatur und Luftfeuchtigkeit künstlich beeinflusst, um die Qualität der Ware stets auf dem gleichen Stand zu halten. In Farbenfabriken und in Werkstätten, wo die Arbeiter im Sommer durch den Erzeugungsprozess gesundheitlich gefährdet sind, hat man Kühlvorrichtungen eingeführt. Und der Kuriosität halber sei noch angeführt, dass künstliches Wetter es vor kurzem zum ersten Mal möglich gemacht hat - in Amerika "echten" Roquefort-Käse zu erzeugen.

Schon heute gibt es mehrere Systeme von Kühlanlagen, die für jede Wohnung geeignet sind und jedem zur Verfügung stehen, der die verhältnismässig hohen Kosten ihrer Installierung erschwingen kann. Ein System, das bereits in Verwendung steht, benützt ein neues nichtentzündbares und geruchloses Gas, das auf mechanischem Wege komprimiert wird. Denn die gewöhnlichen Kältemittel wie Ammoniak und Schwefeldioxyd müssen bei häuslichen Kühlanlagen ausgeschaltet werden, wenn gesundheitliche Gefährdung vermieden werden soll.

Ein anderes System ist vor allem dort anwendbar, wo grosse Mengen Kühlwasser von weniger als 20 Grad Celsius zur Verfügung stehen. Dieses System ist vollkommen gefahrlos, da es überhaupt kein Gas verwendet. Ein drittes System, das in Boston erfunden worden ist, verwendet Quecksilber unter niedrigem Luftdruck.

In amerikanischen Industriekreisen wird jedenfalls angenommen, dass es innerhalb zwei bis drei Jahren möglich sein wird, kleine Wohnungen mit erschwinglichen Kühlanlagen auszustatten, die nicht grösser als ein normaler Heizkörper sein werden.

Verhaftete Devisenschieber. Von der Kriminalpolizei Breslau wurden der Wiener Bankier Lemberger und sein Prokurist beim Versuch illegalen Devisenhandels überrascht und verhaftet. Lemberger hatte an einen Breslauer Kaufmann 5 000 Dollar verkaufen wollen.

Hitzewelle in USA. Der mittlere Westen und Osten der Vereinigten Staaten von Amerika wird seit 3 Tagen von einer furchtbaren Hitzewelle heimgesucht. Bis jetzt werden über 70 Todesopfer gemeldet.

Gesühter Eifersuchtsstat. Vom Schöffengericht Glatz wurde der 27jährige Schauspieler Didio Epstein vom Kurtheater Alt=Heide, der am 6. Juli seine Freundin und Kollegin, die Schauspielerin Erika Mott, in einem Eifersuchtsanfall durch mehrere Messerstiche schwer verletzt hatte, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Erika Mott, die als Zeugin erschien, versuchte, ihren Freund zu schützen und seine Handlung als Folge eines nervösen Zusammenbruchs zu erklären.

+ + +  
"DoX als Postflugzeug! Das deutsche Riesenflugboot "DoX" soll nunmehr in den regelmässigen Passagier- und Postdienst von Brasilien nach den Vereinigten Staaten eingestellt werden. Am Sonnabend wird das Flugzeug erstmalig in dieser Funktion von Rio de Janeiro nach New York starten.

+ + +  
503 km zu Fuss. Auf dem Platz der Republik in Paris fand am Mittwoch-Nachmittag der Start zu dem grossen Fussmarsch Paris=Strassburg (503 Kilometer) statt, der in jedem Jahr vom "Petit Parisien" veranstaltet wird. 73 der besten französischen und ausländischen Läufer nehmen an diesem Wettbewerb teil; darunter der Schweizer Linder sowie die Franzosen Godard und Roger, die im letzten Jahr als Sieger durchs Ziel gegangen sind. Roger hat im vorigen Jahr die Strecke ohne Unterbrechung in 69 Stunden 44 Minuten zurückgelegt.

+ + +  
180 000 Mark unterschlagen. Ein seit längerer Zeit in städtischen Diensten stehender 34jähriger Angestellter der Beschaffungsstelle der Stadt Köln hat nach und nach etwa 180 000 Mark Bargeld unterschlagen. Die Verfehlung wurde jetzt aufgedeckt, der ungetreue Beamte verhaftet und ins Gefängnis Klingelpütz eingeliefert. Er versuchte Selbstmord zu begehen, wurde aber daran verhindert.

+ + +  
Ein Tagebuch Wegeners! In der Nähe der Weststation der Wegenerschen Grönlandexpedition, deren Leiter, Professor Wegener, im Eise umkam, wurden wichtige Tagebücher des toten Forschers gefunden. Die Eintragungen reichen bis zum 10. September 1930. Es ist anzunehmen, dass nun auch in absehbarer Zeit die Leiche des Professors Wegener selbst aufgefunden werden wird. Allerdings sind die Sucharbeiten dadurch wesentlich erschwert, dass sich seit dem Juni die Schneemassen Westgrönlands gleichsam in Schneesümpfe verwandelt haben.

+ + +  
Verhafteter Mörder. Unter der Anschuldigung, vor kurzem in Bremen den Kellner Otto Hillmann aus Bremerhaven ermordet und beraubt zu haben, wurde in Reddighau (Altmark) der wohnungslose Melker Otto Krüger aus Burg bei Magdeburg verhaftet. Gleichfalls festgenommen wurde seine 21jährige Freundin, die unter dem Verdacht der Beihilfe steht. Krüger ist geständig.

+ + +  
Prohibitionelles. In New-York beschlagnahmten Prohibitionsagenten in dem Restaurant der "Neuen Turnhalle" 35 Fässer angeblich "wirkliches" Bier. Der Inhaber des Lokals wurde gegen Stellung einer Kautions von 1 000 Dollar auf freiem Fuss gelassen. Die beschlagnahmten Fässer wurden auf die Strasse transportiert, wo man sie auslaufen liess. Eine grosse Menschenmenge sah dem Schauspiel mit einem halb trockenen und halb nassen Auge zu.

+ + +  
125 000 Dollar Entschädigung. Die Witwe eines von der Pennsylvania-Eisenbahn durch deren Schuld überfahrenen Arztes in Brooklyn (USA) erhielt vom Gericht 125 000 Dollar als Entschädigung zugesprochen.

-----



## Nicht Mustergültiges vom Musterlände.

SPD. In Baden sind für die ausserplanmässigen Beamten die Grundbezüge um rund 25 Prozent gekürzt worden. Die Wohnungsgeldzuschüsse wurden zum Teil abgebaut, zum Teil beseitigt. Für die planmässigen Beamten hat man über die vom Reich verordneten Gehaltssenkungen hinaus noch eine besondere Beamtensteuer von 5 Prozent eingeführt. Alles in allem beträgt die Senkung der Bezüge für die planmässigen Beamten 14 bis 17 Prozent. Ueber diese direkten materiellen Einbussen hinaus wurde die badische Beamtenschaft noch weiter benachteiligt. So sind die Schlichtungsausschüsse für die Beilegung von Besoldungsstreitigkeiten z.B. bei endgültigen Eingruppierungen, bis zum Januar 1934 ausser Wirksamkeit gesetzt worden.

Unleugbare Härten sind dadurch entstanden. Es sind Gehaltsverluste von 1 000 bis 1 500 Mark pro Jahr festzustellen. Getroffen werden vor allem die jüngeren Leute, aber nicht nur sie. Es gibt auch Beamte von weit über 30 Jahren, verheiratete Leute, die fast 100 Mark im Monat einbüßen sollen. Die Härten sind aber an sich noch nicht das Schlimmste. Auch die Beamtenschaft in Baden weiss, dass in Deutschland in diesen Tagen so mancher zurückstecken muss. Was sie aufgebracht hat, ist das Gefühl, nicht gerecht behandelt zu werden. Ein solches Gefühl ist nie gut; denn es führt nur zu einer hemmungslosen Radikalisierung.

Unwillkürlich fragt man sich, warum denn gerade Baden zu so rigorosen Massnahmen greift. Ist denn die Südwestecke des Reichs so besonders schlecht dran? Gut geht es ihr nicht. Baden hat wirtschaftlich schwerer zu kämpfen als die übrigen süddeutschen Länder. Die Trennung vom Elsass und noch so manches andere drückt schwer auf die badische Wirtschaft und damit auch auf den badischen Staat. Trotzdem ist der etwas brutale Selbsthilfeakt Badens überaus unerfreulich. Die Begründung der scharfen Abbaumassnahmen, nämlich der Hinweis auf die Besoldungsregelung vom Oktober 1927, bei der die Beamten zu gut gefahren seien, ist wenig stichhaltig; denn es ist doch damals den badischen Beamten nicht noch eine besonders fette Extrawurst gebraten worden. Auch in Baden erfolgte damals lediglich eine Anpassung an die neue Lage im Reich. Das weiss natürlich auch die Regierung, und deshalb beruft sie sich zur Rechtfertigung ihrer Notverordnung nicht nur auf die badische Verfassung, sondern, um für alle Fälle sicher zu sein, auch noch auf Artikel 48 der Reichsverfassung. Sie denkt: doppelt genäht hält besser. Aber wie es mit der rechtlichen Begründung auch stehen mag: jeden-falls wirkt auf der Beamtenschaft die Abbaunotverordnung wie ein Willkürakt. Der Finanzminister Dr. Mettes - ein Volksparteiler - suchte sich aus der Klemme einfach dadurch zu retten, dass er bei den schutzlosen Beamtensategorien zupackte. Er eine auf der Linie des geringsten Widerstandes vor. Deshalb wurde mit dem Erlass der Notverordnung auch bis zur Ver- tagung des Landtags, d.h. solange gewartet, bis man keinen Widerstand zu befürchten brauche. Man hat sich zunächst Bewegungsfreiheit gesichert und dann holte man zum Schlage aus. Das alles ist ja recht klug, deswegen aber doch nicht gut.

Auf alle Fälle ist das Vorgehen Badens ein schlechtes Beispiel für die anderen Länder. In Württemberg und Hessen geht man jetzt mit ähnlichen Projekten um, wenn auch nicht in so rigoroser Form wie in Baden. In Sachsen besteht allem Anschein nach keine Absicht, das Muster des Musterländles nach-

zuzahlen, und das gleiche gilt wohl auch für Bayern. Demnach besteht jetzt in stärkerem Masse die Gefahr, dass nun jedes Land Besoldungspolitik auf eigene Faust macht, wenn man von "Politik" hier noch reden kann.

Der Beamtenschaft und nicht nur der Badens muss das alles höchst eigenartig vorkommen. Da wird ihr nun seit Jahr und Tag vorgeredet, dass eine möglichst einheitliche Besoldungspolitik notwendig sei, dass die Entlohnung der angeblich viel zu gut bezahlten Länder- und Kommunalbeamten dem Niveau der Reichsbesoldung angepasst werden müssen. Jetzt auf einmal wird das Ideal der Annäherung der Beamtenbesoldung an eine einheitliche Linie wieder über den Haufen geworfen. Jetzt wird plötzlich in Baden die einheitliche Linie wieder nach unten durchbrochen und so ein neues Durcheinander geschaffen.

Man sieht: die grosse deutsche Verwaltungsreform ist wirklich dringend notwendig. Man sollte sie nicht noch länger verschieben. Der Druck der Krise zwingt ohnehin dazu, dass endlich ein Anlauf zur Rationalisierung der Verwaltung unternommen wird und das Besoldungstohuwabohu erst recht. Die Beamtenschaft wird es jedenfalls nicht beklagen, wenn endlich einmal saubere, klare und gerechte Verhältnisse in der Besoldung von oben bis unten und überall im Reich nach einem einheitlichen Plan geschaffen werden.

SPD. Die Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke hat jetzt den Umbau der Zeche Friedrich Thyssen 2/5 beendet. Diese grösste Schachtanlage des Ruhrgebietes kann infolge umfangreicher Rationalisierung täglich 9 000 Tonnen Kohlen fördern, das Doppelte wie vor dem Umbau. Die Arbeiterzahl ist mit 3 500 Mann aber die Gleiche geblieben. Die Förderung ist durch Feierschichten gegenwärtig auf 5 500 Tonnen gedrosselt.

Die Uebertageanlage ist bis aufs Letzte mechanisiert. Der 54 Meter hohe Förderturm bildet ein Wahrzeichen Hamborns. Auch der Schacht Beekerwerth in Verbindung mit der Schachtanlage Friedrich Thyssen 3/7 wird zum Grossfördererschacht umgebaut.

SPD. Kein Wunder, wenn in Deutschland die Hitlerleute und Stahlhelmer immer frecher auftreten. Sie müssen ja, wenn sie das Treiben der Kommunisten ansehen, auf den Gedanken kommen, die deutschen Arbeiter seien Leute, die nicht von 12 bis mittag denken können. Da jammert nun der eine Teil der KPD-Presse über die Zunahme der Betriebsstillegungen und über den neu drohenden Lohnabbau, der andere Teil verlangt im selben Augenblick die Vorbereitung und Durchführung grosser Streiks, nicht zuletzt, um auf diese Weise die Volksentscheidungskampagne richtig in Schwung zu bringen.

Soll mit wilden Streiks der Lohnabbau abgewehrt werden? Wer jetzt blind drauflos streikt, erweist nur dem Grossunternehmertum, das ja weniger Konkurrenz zu fürchten hat, einen Gefallen. Wird gestreikt - na schön, dann wird eine zeitlang die Bude zugemacht. Dem Unternehmer ist es ja nur recht, wenn er in diesen Tagen der Geldverknappung und Kreditverteuerung die Belegschaft nach Hause schicken kann.

Und was machen die Streikenden oder Nachhausegeschickten? Wann werden sie wieder in den Betrieb kommen? Ein gut Teil wird die grosse Armee der Arbeitslosen vermehren. Das bedeutet für sie selbst und für ihre arbeitslosen Hungergenossen eine neue Gefahr. Woher das Geld zur Unterstützung nehmen, wenn die Arbeitslosigkeit nun auch noch durch kommunistische Streiks künstlich gesteigert wird? Genügt die Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch die Auswirkungen der Krise noch nicht? Sollen die Arbeitslosenunterstützungen noch mehr gekürzt werden? Soll das Reich erklären, an eine Milderung der Notverordnung sei nunmehr infolge der Vermehrung der Arbeitslosigkeit nicht mehr zu denken?

Es ist schon ein Jammer. Da droht das Gespenst der Inflation, da droht ein neuer scharfer Lohndruck, da droht neue Arbeitslosigkeit, und da gibt es noch Arbeiter im deutschen Reich, die auch jetzt noch ausgemachten Narren und ausgemachten Verbrechern, wie sie in der KPD ihr Wesen treiben, nachlaufen. Es ist nicht zu fassen. Wirklich das Wort der Arbeitermarseillaise: "Der Feind den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen" - nie war es wahrer als heute.

Nicht Streik, sondern Fortführung der Betriebe - so lautet das Gebot der Stunde.

---

SPD. Die Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums zur Einführung der 40-Stundenwoche dürften vor dem Beginn des Herbstes kaum zum Abschluss kommen. Die Fortführung der Aussprache mit den Parteien der Buchdruckereien und Stein-druckereien, die auf den 4. August angesetzt war, wurde auf den 21. vertagt.

---

SPD. Der Ausgang des grossen Streiks im nordfranzösischen Textilbezirk Roubaix-Tourcoing dürfte den französischen Textilunternehmern wenig Freude bereitet haben. Sie haben wohl erreicht, dass die 4% Anwesenheitsprämie ab-geschafft ist, aber um welchen Preis? In der deutschen Unternehmerpresse wird hervorgehoben, dass keine der beiden Parteien wesentliche Erfolge erzielt habe. Die Verluste der Unternehmer seien ausserordentlich hoch. Der Arbeits-ausfall allein werde auf eine halbe Milliarde Francs geschätzt. Dazu komme noch der Schaden, den sie voraussichtlich dadurch erleiden, dass sie mit ihren Mustern für die neue Saison verspätet kommen. Das werde besonders auf den Auslandsmärkten ins Gewicht fallen. Die Engländer würden sich jetzt dafür re-vanchieren, dass die Franzosen vor zwei Jahren bei einem Streik der englischen Wollindustrie in die englischen Absatzgebiete eingedrungen seien.

Die Textilarbeiter haben nur deshalb so lange den Kampf ausgehalten, weil sie in den Gemeinden des Textilbezirks Roubaix-Tourcoing vielfach die Mehr-heit haben und deshalb eine Unterstützung durch die Gemeinden für eine gewisse Zeit durchsetzen konnten. Berücksichtigt man das schlechte Organisationsver-hältnis im nordfranzösischen Textilgebiet und die bereits erwähnten finanziel-en Schwierigkeiten, dann muss man sich wundern, dass der Kampf von den Arbei-tern so lange durchgehalten werden konnte. Der Ausgang des Kampfes ist auf alle Fälle ein sehr empfindlicher Denkzettel für die nordfranzösischen Textil-industriellen. Sie werden sich hüten, bald wieder ein ähnliches Tänzlein zu riskieren, und das ist immerhin ein Erfolg in der Abwehr einer auch in Frank-reich vom Unternehmertum versuchten allgemeinen Lohnabbaukampagne.

---

SPD. Zu den unsterblichen Lügen gehört die Hetzlüge über die Prachtbauten der Krankenkassen. Sie läuft wieder einmal durch die Presse.

Wenn die Kassen gebaut haben, dann nicht zuletzt, weil man sie von allen Seiten bestürmt hat, doch auch etwas zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu tun. Wenn die neuen Verwaltungsgebäude etwas freundlicher eingerichtet wurden, dann nicht zuletzt im Interesse des Publikums; denn die Warteräume waren frü-her vielfach fürchterliche Ställe. Jetzt wird wieder über den "Luxus" gezetert. Man kann es niemand rechtmachen.

---

# Wirtschaft Technik Handel

Herunter mit den Neubaumieten!

Von Dr. Karl Brockschmidt.

SPD. Die Krise in der Lebenshaltung der werktätigen Massen hat für einen Teil der Bevölkerung, die Neubaumieter, besonders unerträgliche Formen angenommen.

Sehr viele Familien, besonders junge Ehepaare haben sich in den Vorjahren trotz der hohen Mieten entschlossen, eine Neubauwohnung zu beziehen, weil sie damit rechneten, dass ihr Einkommen gleichbleiben oder sogar steigen würde. Statt dessen kam seit dem Frühjahr 1930 eine Lohnabbauwelle nach der andern. Die Belastung durch Steuern und andere Abgaben stieg. Der Arbeiter z.B., der Anfang 1930 den ohnehin zu hohen Anteil von einem Viertel seines Lohns für die Neubaumiete aufwandte, muss jetzt mit einem derart verringerten Einkommen rechnen, dass die Miete 30 - 40% seiner monatlichen Bezüge ausmacht. Ganz unhaltbar sind die Zustände bei den Bewohnern von Neubauten geworden, die von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit getroffen wurden. Von Monat zu Monat wachsen in vielen Baugenossenschaften die Mietrückstände, trotz des vorbildlichen Opferwillens der Genossenschaftsmitglieder, trotz der Tatsache, dass in vielen Fällen von Krisen- und Wohlfahrtsunterstützten die Hälfte und mehr ihres Einkommens als Miete an die Genossenschaft abgeführt wird. Es ist keine Seltenheit mehr, dass Familien die mühsam erworbene gesunde Neubauwohnung aufgeben müssen, weil die Mietlasten beim besten Willen nicht mehr tragbar sind.

Baldige Hilfe tut hier not, deren Ziel die Senkung der Mieten in erster Linie bei denjenigen Neubauwohnungen sein muss, die unter den aussergewöhnlich ungünstigen Bedingungen der Baujahre 1928-1930 erstellt wurden. Massnahmen der öffentlichen Hand sind dabei ebenso notwendig und durchführbar wie Hilfsaktionen der Hypothekenbanken:

1. Der Erlass der Zinsen für die Hauszinssteuerhypotheken bei Neubauten mit überhöhten Mieten ist ein durchaus gerechter Ausgleich dafür, dass die billigen öffentlichen Hypotheken zu niedrig bemessen wurden. Gewiss hat diese Aufhebung der Zinsverpflichtungen eine starke Verringerung der Hauszinssteuer-rückflüsse zur Folge. Damit werden die Mittel, die für Zinszuschüsse oder für Hauszinssteuerhypotheken neuer Wohnungsbauten in Aussicht genommen sind, nicht unwesentlich gekürzt. Die öffentlichen Stellen, besonders die Gemeinden werden jedoch zwangsläufig vor die Entscheidung gestellt: Entweder auf ihren Zinsansprüchen zu bestehen, die bei der Lage der Mieterschaft vielfach nicht mehr erfüllt werden können, damit das Leerstehen von Wohnungen zu erzwingen und schliesslich doch die Zinsausfälle zu tragen oder durch rechtzeitiges Entgegenkommen eine Senkung der Mieten zu ermöglichen. Die geplanten Zinszuschüsse für die neuen Kleinstwohnungsprogramme dürfen nicht ausschliesslich aus den unsicheren Rückflüssen bestritten werden; sie müssen durch eine ausreichende langfristige gesetzliche Regelung hinsichtlich eines Teils des Hauszinssteueraufkommens gesichert werden.

2. Die Befreiung der in den Baujahren 1928 bis 1930 errichteten Wohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften und Genossenschaften von sämtlichen Steuerlasten in gleicher Weise wie die Steuerbefreiungen, die in der Notverordnung vom 1.12.30 für alle nach dem 1. April 1931 fertiggestellten Wohnungs-

bauten ausgesprochen sind, ermöglicht beachtliche Mietsenkungen in den Gemeinden, die den kommunalen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer erheben. Ihre finanzielle Notlage gestattet den Gemeinden jedoch nicht, diesen Wünschen aus eigenen Kräften Rechnung zu tragen. Die Ausgleichsbeträge für die Steuerbefreiungen müssen vielmehr im Rahmen einer Revision der Dezember-Notverordnung aufgebracht werden, deren Millionengeschenke an den Althausbesitz, vom Reichsfinanzminister Dietrich mit der Behauptung sanktioniert, der Reichsetat sei saniert, in der jetzigen Notzeit weniger als je gerechtfertigt sind.

3. Ein besonders wirksames Mittel zur Senkung der Neubaumieten ist eine Herabsetzung der Hypothekentilgungen. Die Neubauhypotheken der Nachkriegszeit sind fast allgemein zu einem Tilgungssatz von 1-2% zuzüglich der durch fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen ausgeliehen. Diese hohe Tilgung führt dazu, dass die Bauten in beispielsweise 16 bis 26½ Jahren von Privatkapitalien entschuldet sind, während die Lebensdauer der Bauten 60 - 100 Jahre beträgt. Das ist eine Belastung der Gegenwart zugunsten kommender Mietergenerationen, die unbillig und auch wirtschaftlich nicht notwendig ist. Eine Senkung der Tilgungssätze für Amortisationshypotheken auf ½%, durch die in Einzelfällen bis zu 10% der Mieten erspart werden, verlängert die Tilgungszeiten um rund 10 bis 20 Jahre. Sie ist also wirtschaftlich durchaus vertretbar. Die Hypothekenbanken, die ein verständliches Interesse an einem raschen Rückfluss ihrer Gelder haben, werden hier vor die Entscheidung gestellt, durch Aufrechterhaltung ihrer vertraglichen Ansprüche die Mietausfälle anschwellen zu lassen und massenhaften Zwangsversteigerungen notleidender Bauten entgegenzutreiben oder einer Herabsetzung der Tilgungsquoten zuzustimmen, zu der einsichtige Hypothekeninstitute, die sich ihren Pfandbriefgläubigern gegenüber nicht festgelegt haben, heute schon bereit sind. Zahlreiche Hypothekenbanken freilich können den Erfordernissen der jetzigen Krisenzeit nur Rechnung tragen, wenn eine Notverordnung sie von der Erfüllung jener Zusicherungen entbindet, die sie ihren Pfandbriefgläubigern in bezug auf Rückkauf und Auslosung der Pfandbriefe gemacht haben. Wenn von einer derartigen staatlichen Aktion nicht ganz zu Unrecht eine weitere Erschütterung des Vertrauens in die Rechtsgrundlagen unseres Wirtschaftslebens befürchtet wird, so muss doch nach den Eingriffen der letzten Notverordnungen in grundlegende Rechtsverhältnisse betont werden, dass den Mietern billig sein muss, was den Banken recht ist.

Ueber den Sorgen der jetzigen Finanzkrise dürfen, so sehr ihre Behebung im Interesse der Arbeiterschaft liegt, die überragenden Aufgaben des Kampfes gegen das Massenelend nicht hintangestellt werden. Zu ihnen gehört eine planmäßige, durch zielbewusste staatliche Massnahmen geförderte Hilfe für den Neubausmieter durch Senkung der Mieten!

---

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat Juni 1931 mit 508,9 Millionen Mark an. Insgesamt sind im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres, also in der Zeit von April 1931 bis Juni 1931 = 1807 Millionen Mark aufgekommen. Nach dem Voranschlag hätten in jedem Vierteljahr 2242 Millionen Mark aufgebracht werden müssen. Es ergibt sich somit für das erste Vierteljahr des laufenden Steuerjahres ein Ausfall in den Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben in Höhe von über 435 Millionen Mark.

Vergleicht man das erste Quartal im laufenden Steuerjahr mit dem Vorquartal, dann ergibt sich, dass sich die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Aufbringungsumlage und der Umsatzsteuer verringert haben. Eine Verringerung ist auch bei den Einnahmen aus der Tabaksteuer, der Biersteuer und der Zuckersteuer eingetreten. Dagegen erbringt die Kraftfahrzeugsteuer und die Rennwettsteuer höhere Erträge. Gesteigert wird auch die Lohnsteuer (um 23,2 Millionen Mark) ausgewiesen. Das dürfte einmal auf der Entspannung der Arbeitsmärkte beruhen, zum andern aber wohl darauf, dass die

Steuererstattungen im ersten Vierteljahr des laufenden Steuerjahres nur 17,1 Millionen Mark ausmachten gegenüber 65,4 Millionen Mark im letzten Quartal des verflissenen Steuerjahres.

---

SPD. Der Deutsche Baugewerksbund stellt fest, dass sich der Baumarkt im ersten Halbjahr 1931 ausserordentlich ungünstig entwickelt hat. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist niemals unter 55 Prozent gesunken, sodass man für das ganze Jahr mit einem Durchschnitt von mindestens 66 Prozent rechnen muss. Städtisches Gebiet und plattes Land sind von der Arbeitslosigkeit ziemlich gleichmässig betroffen. Der Umsatz dürfte sich für das erste Halbjahr 1931 auf 2 Milliarden Mark stellen gegenüber 3,2 Milliarden Mark im Jahre 1930 - immer das erste Halbjahr -, 3,8 Milliarden Mark im Jahre 1929 und 4,1 Milliarden Mark im Jahre 1928. Der Umsatz im vergangenen Jahre ist also um annähernd 40 Prozent weiter gesunken. Man kann annehmen, dass die Schrumpfung der Umsätze am Baumarkt mehr als doppelt so gross ist wie auf anderen wichtigsten Märkten. Der Rückgang des Preisniveaus ist dabei noch nicht berücksichtigt. Setzt man für diesen 15 Prozent ein, so kommt man zu einer Schrumpfung von beinahe 50 %.

Die weitaus stärksten Ausfälle sind im Wohnungsbau eingetreten. Immer mehr zeigt sich, dass die Hoffnungen, die amtlicherseits mit der Aufhebung des Hauszinssteuerfonds auf den freien Kapitalmarkt gesetzt wurden, nicht in Erfüllung gehen können, selbst wenn die Situation am Kapitalmarkt sich durchgreifend bessert. Es war ein verhängnisvoller Fehler, mit dem Prinzip der Bauförderung durch Hingabe niedrig verzinslicher nachstelliger Hypotheken zu brechen, ohne für entsprechenden Ersatz gesorgt zu haben. Die Lücke, die dadurch in die Finanzierung gerissen worden ist, muss durch Schaffung und Aliementierung einer Organisation für nachstelligen Realkredit schleunigst geschlossen werden.

Die öffentliche Hand, die sich schon im vergangenen Jahr durch weitgehende Beschränkung der Bauausgaben hervortat, hat ihre Aufwendungen für Bauten nun weiterhin kürzen müssen. Im Gegensatz zum vergangenen Jahre dürften diese Ausfälle von denjenigen im Wohnungsbau jedoch bei weitem übertroffen werden, weil die öffentlichen Bauetats ohnehin schon auf das Notwendigste beschränkt und kaum noch zu kürzen sind.

Die Bautätigkeit für die Industrie ist gleichfalls zurückgegangen.

Das Einkommen der Bauarbeiter hat durch die Umsatzschrumpfung im ersten Halbjahr einen Ausfall von etwa 600 Millionen Mark erlitten.

---

SPD. Der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände trägt sich mit der Absicht, sein Amt niederzulegen. Der Vorsitzende ist kein anderer als Herr von Borsig, der Leiter des Borsigkonzerns, der sich vor einigen Wochen mit dem Ersuchen an die Reichsregierung gewandt hat, ihm eine Subvention zu gewähren. Dieser Bitte ist entsprochen worden. Dem Borsigkonzern ist der Betrag von 1,2 Millionen Mark vorausgezahlt worden, der bei künftigen Lieferungen verrechnet werden soll.

Der "Berliner Börsen-Courier" bringt die Rücktrittsabsicht des Herrn von Borsig in Verbindung mit dieser Subvention, indem er darauf verweist, dass die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bisher nicht nur die staatliche Lohnregelung und die staatliche Preisregelung, sondern auch das Subventionsunwesen bekämpft habe. Nun muss die Vereinigung erleben, dass ihr Vorsitzender zum Staat läuft und Subventionen einsteckt. Die obenerwähnte Berliner Zeitung bemerkt dazu, dass kein Reichsministerium an der Borsigsubventionierung interessiert sei - ausser dem Reichsarbeitsministerium. Was für ein Vergnügen müsste

es für einen Referenten im Arbeitsministerium sein, zu wissen, dass man bei allen späteren Auseinandersetzungen mit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände deren Kampf gegen die Einmischung des Staates in Wirtschaftsangelegenheiten durch den Hinweis auf die Borsigsubventionen in Zweifel ziehen könne. Nach dieser Darstellung scheint die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf die Ehre, Herrn von Borsig als Vorsitzenden zu haben, verzichten zu wollen.

Es ist der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände anzuraten, nicht zu scharf mit den jungen Pferden umzugehen. Wenn die Öffentlichkeit erführe, wer in den letzten Tagen und Wochen bei den verschiedenen Reichsministerien um Subventionen angeklopft hat, dann müsste mancher Vorsitzende in den Wirtschaftsverbänden der Unternehmer verschwinden.

---

SPD. Die Sparkassen können selbstverständlich nur einer Normalisierung des Zahlungsverkehrs entgegen geführt werden, wenn sie, genau wie die privaten Banken, auf den Reichsbankkredit zurückgreifen können. Darüber haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen den Sparkassen, der Reichsbank und der Staatsregierung stattgefunden. Zu einem Ergebnis ist man bisher nicht gekommen. Und das ist sehr auffällig. Die Reichsbank wird sich den Kreditansprüchen der Sparkassen nicht verschliessen können. Das wäre eine Benachteiligung gerade der kleinen Sparermassen und eine Benachteiligung der öffentlichen Wirtschaft, die unverantwortlich wäre und die sich rächen müsste.

Wie wir dazu erfahren, ist man wohl bereit, die Sparkassen mit Kredit zu versorgen. Aber man will die Kreditgewährung von besonderen Bedingungen abhängig machen. Allem Anschein nach laufen die Bedingungen konform mit den Forderungen, die das private Bankgewerbe mit Unterstützung der grossen Wirtschaftsverbände seit Jahren erhoben hat. Die Erfüllung dieser Forderungen bedeutet zunächst Ausschaltung der Sparkassen aus Geschäftsgebieten, in denen sie nach dem Krieg Fuss gefasst haben. Das wäre eine Begünstigung der privaten Konkurrenz. Man würde also die gegenwärtigen Schwierigkeiten ausnutzen, um einen Schlag gegen die Sparkassen und das öffentliche Kreditwesen zu führen.

---

SPD. Die französische Regierung hat den Beschluss gefasst, den heimischen Kohlenbergbau zu schützen und die Kohleneinfuhr nach Frankreich zu drosseln. Nach einer Darstellung des englischen Bergwerksministers würde der englische Kohlenexport nach Frankreich durch diesen Beschluss um etwa 600 000 Tonnen reduziert werden. Für den belgischen Kohlenexport nach Frankreich nimmt der englische Minister einen Rückgang von 2 Millionen Tonnen an. Der deutsche Kohlenexport dürfte nach unserer Schätzung mit etwa 1 Million Tonnen in Mitleidenenschaft gezogen werden.

Den aufsehenerregenden Beschluss begründet die französische Regierung damit, dass der französische Bergbau selbst unter Absatzschwierigkeiten leide und dass er geschützt werden müsse. Die französische Regierung kann sich darauf berufen, dass die europäischen Kohlenländer Kohle zu äusserst gedrückten Preisen nach Frankreich geworfen haben, mit denen natürlich der französische Bergbau normalerweise nicht konkurrieren kann. Aus dieser Situation hat die französische Regierung den ihrer Ansicht nach nötigen Schluss gezogen.

Das Vorgehen der französischen Regierung ist von allgemeiner Bedeutung. In allen Ländern wird natürlich die Krise dazu drängen, die Läger aufzulockern und u. a. die Warenvorräte zum billigsten Preis nach dem Ausland zu werfen. Ganz besonders steht Deutschland vor der Notwendigkeit, seine Warenläger zu liquidieren. Dabei scheint das deutsche Unternehmertum nach der Richtung vor-

gehen zu wollen, die Warenvorräte ausschliesslich nach dem Ausland abzustossen, selbst zu Verlustpreisen. Man will damit die überhöhten Preise in Deutschland selbst halten. Wie kurzsichtig dieser Plan, den man ruhig mit Dumping bezeichnen kann, ist, beweist der französische Kohlenbeschluss. Jedes Land hat die Möglichkeit, einen ähnlichen Beschluss herbeizuführen und sich vor der Wareninvasion zu sichern. Daraus geht hervor, dass Warenvorräte, wie sie beispielsweise in Deutschland flüssig gemacht werden müssen, im Ausland nicht unterzubringen sind. Ausschlaggebender Abnehmer kann nur das Inland sein, wo der Bedarf von Monat zu Monat gewachsen ist. Das Ausland kann aber die Waren nur aufnehmen, wenn sie zu billigeren Preisen angeboten werden. Die Normalisierung des deutschen Preisniveaus ist das Gebot der Stunde.

-----  
**Weizenangebot stärker.**  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 29. Juli)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch das Angebot an Roggen aus neuer Ernte etwas geringer als an den Vortagen. Zu leicht nachgebenden Preisen fand das auf den Markt gebrachte Material Aufnahme bei den Mühlen. Dagegen hat sich das Weizenangebot verstärkt. Bei grösserer Zurückhaltung der Käufer gingen die Preise um ca. 3 Mark zurück. Etwas freundlicher war die Stimmung am Hafermarkt, da sich nach den Preisrückgängen der letzten Zeit das Angebot vermindert hat. Vielfach wurden sogar etwas höhere Preise erzielt. Der Mehlmarkt war unverändert. Die Umsätze blieben klein. Die Preise mussten eher weiter nachgeben.

	<u>28. Juli</u>	<u>29. Juli</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	202 - 205	200 - 202
Roggen	152 - 154	151 - 153
Neue Wintergerste	137 - 149	137 - 149
Hafer	146 - 152	147 - 153
Weizenmehl	29,00-36,50	28,75-36,25
Roggenmehl	26,00-28,00	23,00-27,00
Weizenkleie	12,25-12,50	12,25-12,50
Roggenkleie	11,50-11,75	11,25-11,50

-----  
 SPF. In der Vorstandssitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie berichtete Frowein über die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der gegenwärtigen Notzeit. Er ging dabei von dem Beschluss des Präsidiums vom 15. und 16. Juli aus, nach welchem jede Verschärfung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen unterbleiben müsse. Dieser Beschluss bezieht sich besonders auch auf die Fakturiering im Geschäftsverkehr und wendet sich gegen jeden Uebergang zu einer Fakturierung in Goldmark oder in Auslandswährung im Geschäftsverkehr. Alle Versuche einer angeblichen Währungssicherung im Rechnungsjahr seien geeignet, das Gegenteil von dem Gewünschten herbeizuführen. Der Zweck der Geschäftsbedingungen müsste stets auf die Durchführung des Äquivalentsprinzips gerichtet sein, um für die Leistungen im Geschäftsverkehr entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. In einem erneuten Rundschreiben sollen die Verbände vor jeder Verschärfung der Geschäftsbedingungen gewarnt und ersucht und darauf zu achten, dass die vereinbarten Bedingungen innegehalten werden.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 29. Juli 1931.

## Das Gebet des Sterbenden.<sup>K</sup>

SPD. Fragte man den Hilfskrankenwärter Kramer nach seinen Kriegserlebnissen, so erzählte er nur immer wieder von seiner ersten Nacht im Feldlazarett. "Es war in der Sommeschlacht. Im schweren Trommelfeuer der englischen Artillerie bluteten die deutschen Regimenter. Ich war eben nach meiner Verwundung aus der Heimat zu einem Feldlazarett versetzt worden, das dicht hinter der Front in einem Schlosse untergebracht war. Am Abend übergab mir die vollständig erschöpfte Schwester die Nachtwache für einen kleinen Saal im Seitenflügel. So 25 Betten standen in dem Raum. Frisch Operierte, die eben von der Front eingeliefert waren, lagen darin. Schwere Fälle. Die Schwester ging mit mir noch einmal die Betten entlang. Zeigte auf das Bett, auf jenes: "Da.. der... und der..." Sie sah mich - ich wusste, was sie meinte. Draussen zuckten die Mündungsfeuer der schweren Geschütze am Himmel. Es rollte ununterbrochen. Im Saal stöhnte es - tief und leise. Ich höre es noch ganz genau - jetzt nach 15 Jahren.

Es war gleich zehn Uhr. Ich setzte mich an den kleinen Tisch, stützte den Kopf in die Hände und lauschte auf das Stöhnen hinter meinem Rücken. Ich sah krampfhaft auf ein Formular, das vor mir auf dem Tische lag "Liste der Abgänge". Abgang, so nannten sie den Tod hier. Bald würden sich die Spalten der Listen mit Namen füllen.

Es gab viele Zimmer und Säle in dem Schloss. Früher waren wohl einmal Gesellschaften hier gewesen, hatte es Tafeln und Feste gegeben, Musik, gedämpftes Sprechen und Lachen. Nun standen die schmalen, weissen Betten. Und in jedem Raum lagen welche darin, die den Morgen nicht mehr erleben sollten.

Ich konnte es nicht mehr aushalten. Ich stand auf, ging an den Betten entlang. Ich wusste, dass ich bei manchem nicht mehr helfen konnte.

Das erste Bett, an das ich trat, war still geworden. Es war noch ein ganz Junger. Ein schmales, blasses Kindergesicht. Um den zusammengekniffenen Mund lag ein Lächeln: Er hatte vor einer Stunde noch eine grosse Dosis Morphin bekommen. Es war der erste Tote in dieser Nacht. Ich dachte, der Junge hat ja erst angefangen zu leben. Armer Teufel....

Aber sein Tod schien eine geheimnisvolle Anziehungskraft auf die andern Betten auszuüben. Es war, als schritte nun der Tod von Lager zu Lager. In der nächsten Stunde starben noch vier. Ältere Männer - Bauchschüsse. Einer hatte die Hände wild in die Bettdecke gekrallt. Es sah aus, als hätte er sich festhalten wollen.

Ich konnte es mit einem Male in dem Saal nicht mehr aushalten und trat einen Augenblick auf den Gang. Hier im Seitenflügel war es still. Vorn aus dem Hauptbau drang Lärm. Dort wurden immer noch Verwundete eingeliefert, wurde operiert, wurde gestorben. Ich musste mich am Türholz festhalten. Ich musste daran denken, dass früher die Maler den Tod oft als Freund, als Erlöser darstellten. Das musste ein anderer Tod sein. Dieser hier war ein unbarmherziger Schlächter. Einer der nicht fragte, der wahllos nahm. Und ich stand da, und konnte keine Hand rühren gegen ihn.

Um Mitternacht, um es kurz zu machen waren über die Hälfte im Saal gestorben. Zuerst die, die mir die Schwester gezeigt hatte. Dann waren auch von den andern noch welche hinzugekommen.

Kurz nach Mitternacht streckte sich plötzlich ein Arm hoch. Mühsam, mit der letzten Kraft. Ich ging an das Bett. Das totenblasse Gesicht sagte genug. Es musste wohl einer von den Amputierten sein. Er machte mir ein Zeichen, dass ich mich zu ihm niederbeugen sollte. Ich roch dabei noch den Aetheratem von der Narkose. Da flüsterte der Sterbende: "Kam'rad, das darf nie wieder kommen. nie wieder... hört ihr, dafür müsst ihr sorgen, dass dieser Wahnsinn nie wieder geschieht.... nie wieder....."

Er sagte das, als hätte er es schon viele Stunden leise vor sich hingesprochen wie ein verzweifeltes Gebet.

Das Rollen der Geschütze ging durch die ganze Nacht. Als der Morgen dämmerte, lebten von den 25 noch 4. Zu Tausenden werden sie in dieser Nacht gestorben sein, dachte ich. Und mir war, als sprächen sie alle: "Es darf nie wieder geschehen, Kameraden!"

"Und dafür wollen wir sorgen... ", schloss Kramer jedesmal seine Erzählung.  
Alfred Prugel.

-----  
**Nie wieder Krieg!**<sup>X</sup>  
-----

Habt ihr so schnell vergessen,  
Brennt nicht die Flamme fort?  
Man hetzt bereits vermessen  
Zu neuem Menschenmord!

+

Ihr toten Kameraden,  
Die Gas und Flamme traf -  
Sie wollen Euch verraten  
Selbst noch im Opferschlaf --!

+

Seid ihr umsonst gefallen - ?  
Riss nicht das kalte Blei  
Das Herz entzwei euch allen  
Dass endlich Friede sei - - ?!

+

In jede Ackerkrume  
Floss tausendfaches Blut,  
Aus jeder Sommerblume  
Spricht stumme Menschenglut - !

+

Denkt an die Schützengräben,  
An Trommelfeuernot -,  
An mordzerfetztes Leben,  
Verglüht im "Heldentod" - !

+

Ihr wisst, was ihr gelitten,  
Prägt es dem Erdball ein -,  
Es ist genug gestritten,  
Wir wollen Menschen sein !!

+

Ihr Toten dieser Erde,  
Marschiert zum letzten Sieg -  
Dass endlich Wahrheit werde  
Der Schwur: Nie wieder Krieg!

-----  
Kurt Kaiser Blüth.

## Erlebnisse eines Elfjährigen.<sup>3</sup>

SPD. Es steht noch ungemein plastisch vor mir: Ich war elf Jahre alt, hatte Ferien. 31. Juli 1914. Die Familie war im Wohnzimmer versammelt. Die seltsame Wanduhr, deren Pendel immer so melancholisch nachzog, hatte gerade einen ihrer seltsam schnurrenden Zeittöne von sich gegeben. "Weisst Du - -" hörte ich meinen Vater zu Tante Dorchen sagen, "ich glaube, das renkt sich alles ein. Je grösser das Alarmgeschrei, desto ungefährlicher die Situation. Warum soll man gleich so schwarz sehen - - -?"

Tante Dorchen wackelte philosophisch mit dem Kopf. Das tat sie immer, wenn sie mit sich selbst nicht im klaren war.

Da wurde die Tür aufgerissen. Mein Vetter Walter, 18 Jahre alt, stürmte herein. Seine Augen glühten vor Vergnügen und Erregung. In der Hand schwenkte er, triumphierend, ein noch druckfeuchtes Extrablatt. Rasch stiess er hervor: Es geht los! Es geht los!! Die Mobilmachung ist erklärt. An der russischen Grenze knallt es schon -. Auf der Strasse ist eine Begeisterung - kaum zu glauben. Wildfremde Menschen umarmen sich - -. Selbst der mürrische dicke Schiewel ist aufgetaut. Er hat ein Schild rausgehängt, nach dem er jedem, der sich als Kriegsfreiwilliger legitimieren kann, ein Pfund Bruchschokolade schenkt. Alle Achtung, was - -!"

Mein Vater war aufgesprungen. "Zeig her - -" rief er hastig und riss Walter das Extrablatt aus der Hand. Eine grosse Stille lag plötzlich über dem Zimmer. "Das wird blutig werden - -", meinte mein Vater, "sehr blutig - -."

Zwei Minuten später klingelte ich bei Paul. "Ich weiss schon - -" rief er, als ich ihn überraschen wollte. "Du, mein Vater geht auch mit. Uebermorgen schon. Fein, was - -? Na, die Erwachsenen haben die ein Schwein - -!" Wir liefen auf die Strasse. Die sonst so schläfrige Stadt mit dem behäbigen Pulsschlag ausgeruhter Pensionäre war nicht wieder zu erkennen. Die Häuser schienen von ihren Bewohnern verlassen, alles war auf den Beinen. Das, was Walter vom dicken Schiewel und seiner Bruchschokolade erzählt hatte, stimmte wahrhaftig. Der Konfitürenhändler war gerade dabei, sein in aller Eile entworfenes Schild schwarzweissrot zu ummalen und mit vaterländischen Insignien zu versehen. Oben, schön in die Mitte, hatte er ein grosses eisernes Kreuz gesetzt, unten prangten in bester Plakatschrift die Worte: "Mit Gott für König und Vaterland - !" Vor dem Schaufenster sammelten sich die Leute, riefen Hoch und Bravo und sangen das Deutschlandlied." Bei Fräulein Schnablich in der Krugstrasse, wo wir immer so gern die Türen aufklinkten, um dann schnell wegzulaufen, war man gerade dabei, das ominöse Wort "Modes" wegzukratzen. Fräulein Schnablich, die sonst stets zu vornehm war, um sich um etwas persönlich zu kümmern, verschmähte es heute nicht, den mit der Reinigungsaktion betrauten Arbeitern ständig zur Eile anzutreiben... Vor den Zeitungskästen standen die Menschen dicht gedrängt und diskutierten leidenschaftlich. "England geht mit uns", sagte ein breitschultriger Herr, der einen mächtigen Seehundsbart trug und heftig schnaufte, "darauf können Sie sich verlassen! Die Angelsachsen gehören zu uns".

Für uns war das alles unbeschreiblich aufregend und interessant. Menschen, die uns in ihrer Art und ihren Alltagsgewohnheiten längst vertraut waren, zeigten plötzlich ein völlig verändertes Gesicht, wurden zu einem Problem, gaben gleichsam Rätsel auf. Wenn das der Krieg war, so musste er schön sein, voller Farbe und Leben. Alles schien in Fluss, die Langeweile des unabänderlichen, ewig gleichen Kreislaufs wich dem erregenden Blick in dunkle und gefährliche Geheimnisse - -.

Am Franziskusplatz stiessen wir auf den langen Meckler. Er brüllte uns schon von weitem zu, dass ihm die Schule von nun an gestohlen bleiben könne und schien ganz ausser sich vor Freude. "Habt ihr gebüffelt - -?" schmetterte er und schlug mir krachend auf die Schulter, "ich nicht die Spur. Und wenn

der dicke Itz morgen vor Wut platzt, ich mache die Bücher nicht auf! Morgen will er mich mit unregelmässigen Verben 'reinlegen. Der Hund - -! Meint ihr, dass er das jetzt noch wagen kann? Kinder, so ein Krieg ist doch eine Bombensache, ob es jetzt überhaupt noch richtige Schule gibt - -?!" Nachher trafen wir noch Schminke, Tietz und Becker. Tietz renommierte anhaltend mit seinem Bruder, der sich gleich freiwillig melden wolle. "Das ist ein ganz Ge-rissener - -", sagte er, "der ist prima raus. Der macht jetzt sein Kriegsabitur und dreht den Schulräten eine lange Nase. Wirklich eine Gemeinheit, dass wir noch so jung sind - -!"

Im Café Schmolz hatten sie gerade einen angeblichen Spion gepackt, Als wir vorbeikamen, flog er, schlimm zerbeult, in hohem Bogen auf die Strasse. Wenn ihn nicht ein zufällig vorbeikommender Polizist in Schutzhaft genommen hätte, wäre er von der erregten Menge bestimmt gelyncht worden. Schminke, der zu Schmolz reingelaufen war, erzählte uns nachher, der Spion habe sich dadurch verraten, dass er beim Singen von "Heil Dir im Siegerkranz" nicht schnell genug aufgestanden sei. "Donnerwetter-" sagte Becker, "das ist aber komisch. Deswegen ist er doch noch kein Spion -". Wir sahen Becker verblüfft an. Eine Weile sprach keiner ein Wort. Dann meinte Tietz: "Unsinn, Becker -. Auf jeden Fall wollte er doch spionieren. Sonst wäre er ja mit den übrigen Leuten zusammen aufgestanden, nicht wahr." Und Paul sagt heiser: "Becker, eigentlich war das unanständig von Dir." "Warum denn - -?" verteidigte sich Becker, "wenn der Mann nun gar nichts gemacht hat, und sie schlagen ihn tot-?" - "Wenn sie ihn totschiessen, hat er was gemacht", sagte Paul nachdrücklich, mit zitternder Stimme: "und im übrigen kommt es im Krieg gar nicht so darauf an-". Becker sagte nichts mehr. "Jetzt wird es nie mehr langweilig sein-!" meinte Tietz.

"Ob die noch so richtig Attacke reiten wie bei Mars la Tour -?" liess sich Meckler vernehmen, "das würde mir Fez machen". "Die haben ja jetzt ganz andere Waffen als früher - -" belehrte uns Schminke, "heute ist es viel schöner. Das flutscht noch mal so gut wie 70/71 -!"

"Ach, meint ihr - -?" liess sich plötzlich dicht hinter uns eine dunkle Stimme vernehmen. Wir fuhren herum. Ein einbeiniger Krüppel mit einer brennend roten Narbe quer über die Nase stand mitten auf dem Weg. Es war ein alter Mann, bestimmt schon tief in den Sechzigern, mit einem verwitterten Gesicht, das über und über von Bartstoppeln bedeckt war. Die Augen des Einbeinigen waren unverkennbar ironisch auf uns gerichtet. Paul trat auf den Krüppel zu. "Was wollten Sie eigentlich damit sagen - -?" fragte er. "Das will ich sagen -", antwortete der Alte mit zitternder Stimme, "vor Paris haben sie mir im Winter 1870 das Bein abgeschossen und mich zum Krüppel und für mein ganzes Leben unglücklich gemacht. Es ist Mord gewesen, Jungens, Mord - -, nichts als Mord!"

"Und das wagen Sie uns an diesem Tag ins Gesicht zu sagen, Sie - -, Sie -- Landesverräter? -!" zischte Paul, der ganz bleich geworden war. "Landesverräter?" schrie da der Einbeinige gellend und es schien einen Augenblick so, als wolle er sich auf uns stürzen, "Landesverräter--? Wo habt ihr das gehört, wie--? Eure Väter werden sie zerfetzen, Eure älteren Brüder erschlagen, Not, Elend - das ist der Krieg! Den die Grossen machen, weil sie verdienen wollen. Aber einst werden die Toten Rechenschaft fordern. Denkt daran, Jungens--!"

Das letzte kam nur noch wie ein erstickter Schrei. Schon humpelte der Einbeinige davon und verschwand schnell im Dämmerlicht des hereinbrechenden Augustabends. Niemand dachte daran, ihn aufzuhalten. - Wir standen stumm und bedrückt. Keiner sah den andern an. Scheusslich - -" sagte schliesslich Paul, Irgendwo verklang eine wehmütig-verträumte Melodie: "In der Heimat, in der Heimat, da gibts ein Wiedersehn - - -!"

## Die Friedenausstellung.

---

SPD. Wenn in diesen Tagen Hunderttausende und Millionen den alljährigen Schwur "Nie wieder Krieg" wiederholen und wenn ein Riesenheer aufrechter Menschen für den Weltfrieden und den internationalen Sozialismus, der ihn sichern wird, demonstriert, so muss man sich doch fragen, ob nicht noch zu der bereits geübten Anti-Kriegs-Propaganda dramatischer, literarischer, graphischer und filmischer Art eine neue wirksame hinzutreten könnte. Es ist gar kein Zweifel, dass durch die bisherige Antikriegspropaganda immer nur ein bestimmter Teil der Bevölkerung erfasst worden ist: derjenige eben, der Bücher und Zeitungen mit pazifistischer Tendenz liest, und ferner derjenige, der sich entsprechende Filme und Theaterstücke ansieht. Aber hinsichtlich der Filme und Theaterstücke ist noch zu sagen, dass viele, die an sich guten Willens sind, sich belehren zu lassen, doch die Antikriegsstücke meiden, weil sie ihnen "zu aufregend sind". Ob man das nun versteht oder nicht und ob man das billigt oder nicht - man muss mit dieser Tatsache rechnen.

Ein Gedanke, der eigentlich noch der Verwirklichung harret, wäre nun die Schaffung einer grossen internationalen Friedenausstellung. Es gibt zwar fast in allen Staaten Europas und wahrscheinlich auch in USA mehr oder minder lokale Kriegsausstellungen, in denen alle möglichen Kriegserinnerungen und "Andenken" nach meistens recht einseitig nationalen, gewiss aber nicht nach bewusst pazifistischen Gesichtspunkten gesammelt worden sind. Das grösste Kriegsmuseum, scheint das französische in Vincennes zu sein. Aber auch das ist einseitig in der Auswahl und als prinzipiell staatliche Institution nicht von jenem Geiste, der den Krieg verneint. Eine Antikriegsausstellung, wie wir sie uns denken, müsste erstens für alle, also eine Wanderausstellung sein und ferner von wirklich kriegsfeindlicher Tendenz. Die, die den Krieg hassen, müssten diese Ausstellung veranstalten; nicht die, die ihn bloss "erforschen".

In diesen Monaten wandert durch eine Reihe deutscher Städte die von der Lübecker Nordischen Gesellschaft veranstaltete "Ostseeausstellung". Das Besondere an dieser nicht übermässig grossen, aber geschmackvollen Schau, die sich übrigens fast nur auf Bilder beschränkt, ist ihre Internationalität. "Ostseejahr". Das hat die propagandistische Aufgabe, die kulturelle Verbundenheit der an die Ostsee angrenzenden deutschen und skandinavischen Landstrecken zu beweisen, und dieser Wille kommt geschickt zum Ausdruck. Der Begriff einer "Internationalen Ausstellung" wird hier nicht durch überdimensionale Grössenverhältnisse, sondern durch den Gegenstand der Schau rein geistig zum Ausdruck gebracht.

Dieses augenblicklich in Deutschland aktuelle Beispiel könnte auch vorbildlich sein für die von einer der internationalen Organisationen zu schaffende Antikriegsausstellung. Denn eine solche Schau müsste nämlich auch, wenn sie von wirklichen propagandistischem Erfolg begleitet sein soll, gleichzeitig positiv sein. Sie müsste nicht nur den bildlich, dokumentarisch und gegenständiglich vorzuführenden Kriegswahnsinn, dessen Folgen heute die ganze Welt schmerzlich spürt, trotzdem aber noch nicht allgemein als eine der wesentlichsten Elendsursachen anerkannt, das positive Programm des Friedens entgegenzusetzen. Man zeige die Welt, wie sie war - man zeige aber auch die Welt, wie sie aussehen muss. Gerade weil wir der Ueberzeugung sind, dass der Sozialismus keine Utopie, sondern die Wirklichkeit von morgen ist, meinen wir, dass es auch Möglichkeiten genug gibt, diese Wirklichkeit als Forderung eindeutig vorzuführen.

Der Friede wird da sein, wenn die Völker einander kennen. Gewiss werden nicht Ausstellungen zu diesem Ziele führen; das Geschick der Welt wird von andern Mächten bestimmt. Aber Ausstellungen können helfen.

Ego.

## Der irrsinnige Hauptmann.x

"Der Soldat soll nicht seinen Willen haben, sondern ihr sollt alle einen Willen haben, und das ist mein Wille."

Wilhelm II. am 16. November 1893.

SPD. Dreimal hatte die militärische Karriere von Viktor Bellepsch in ihren Fugen gekracht. 1855 hatte er im Kasino eine Ordonnanz halbtot geprüft; sechs Jahre später band er die Hauskatze der Gräfin W. eine brennende Lunte an den Schwanz, die das arme Tier um den ganzen, die Gräfin um den halben Verstand brachte; nach einigen Monaten fühlte er sich bewogen, in einem Museum beim Anblick eines Schlachtenbildes der sorgsam gemalten Infanterie Befehle zu erteilen und, weil die bunt kolorierten Kolonnen stur in ihrer Stellung verharrten, das riesige Bild mit seinem Degen wutschnaubend hundertfach zu durchlöchern. 1863 wurde er für notorisch geisteskrank erklärt, worüber Viktor Bellepsch sich ärgerte und zu saufen begann, da seine Grossmutter die Schwester eines Generals war, wurde der Militärarzt, der die Geisteskrankheit festgestellt hatt, pensioniert, Viktor zum Hauptmann befördert und, zur Strafe und Mahnung, nach Graudenz versetzt.

+

Nach zehnstündigem Nachtmarsche stand die Landwehrkompagnie des preussischen Hauptmannes Viktor Bellepsch am Weichselufer. Es war ein Januarmorgen. Auf dem Strom rieben sich stöhnend breite Eisschollen, frostiger Sturm pfiff über die Niederung, zweihundertzwölf Soldaten standen schwer bepackt, erschöpft, frierend und wartend auf dem harten Uferboden.

In einiger Entfernung sass Viktor Bellepsch etwas vorgebeugt auf seinem Pferd und fixierte völlig regungslos minutenlang mit starren, eingekniffenen Augen einen Punkt auf dem gegenüberliegenden Ufer. Plötzlich reckte sich der Körper, das Gesicht belebte sich grinsend, die linke Hand holte nervös aus der Satteltasche die letzten Schnapsreserven, er trank hastig, wendete in einem Ruck das Pferd zur Kompagnie und brüllte in merkwürdig schrillen Ton in den Wintermorgen: "Ganze Kompagnie, in Angriffsfront zur Weichsel angetreten, marsch, marsch!"

Mechanisch lösten sich Marschkolonnen und formierten sich breit in Frontstellung. Viktor Bellepsch tänzelte trällernd an die Kompagnie heran, musterte die völlig ermüdeten Gestalten, führte kunstgerecht das Pferd rückwärts, um die ganze Front in sein Blickfeld zu bekommen. Er schob den Helm weit zurück, über der kurzen Stirn wurden die rötlichen Haarborsten sichtbar, er sang plötzlich ganz laut einige wirre Takte, jagte sein Pferd in kurzem Galopp an die linke Flanke und schrie kreischend in die Ohren von zweihundertzwölf Männern: "Ganze Kompagnie, in die Weichsel, durch die Weichsel, marsch, marsch!"

Die Kompagnie stand starr. Im Entsetzen eines wahnsinnigen Gedankens verflögen Müdigkeit und Kälte. Der Nachdruck des gesunden Menschenverstandes widersetzte sich urplötzlich der mörderischen Einfalt eines uniformierten Irrsinnigen.

Starr sass Bellepsch. Ganz allmöhlich und ganz langsam drückte er seinen Kopf an den Hals des Pferdes. Ein jähes Lachen gellte durch die eisige Luft, verfing sich in heulenden Flüchen, und mit der ganzen Hemmungslosigkeit des entfesselten Irrsinns stürzte der Hauptmann auf die Kompagnie. Im Augenblick war er entwaffnet. Vier stämmige Unteroffiziere schleppten ihn weg.

Die Kompagnie formierte sich wieder und marschierte in geordneten Reihenkolonnen in die Kaserne.

+

Das Militärgericht verhandelte in einem riesigen Gewölbe des Graudener Ports Courbière. Zweihundertzwölf Soldaten wurden zu lebenslänglichem Zucht-

haus verurteilt. Sie hatten einer Uniform den Gehorsam verweigert. Es fiel nicht ins Gewicht, dass diese Uniform den gedunsenen Leib eines geisteskranken Trunkenboldes bekleidete. Entscheidend für den Urteilspruch war, dass sich auf den Schulternähten dieser Uniform zwei doppelt besternte Achselstücke befanden. Zweihundertzwölf Männer, jung, gesund, lebensdurstig und zukunftsfröh, mussten die Weigerung, Selbstmord zu begehen, mit lebenslänglichem lebendigem Begrabensein in den grauen Grabkammern altpreussischer Zuchthäuser büßen.

Die Schreie verzweifelter Eltern, Frauen und Kinder drangen nicht auf die steile Höhe, wo Fürsten standen. Zweihundertzwölf Söhne, Gatten und Väter saßen mit glattrasierten Schädeln und Gesichtern in modrigen Zellen und warteten auf den Tod. Viele starben schnell, viele siechten nur langsam dahin. Die Ueberlebenden stumpften ab in langen Tagen, Monaten und Jahren trostloser Monotonie des Tütenklagens und Wollezupfens. Zuckte hin und wieder durch eines dieser gemarteteren Gehirne noch ein persönlicher Gedanke und äusserte sich im entladenden Geheul des gequälten Menschenherzens, gab es, falls nach dem Gutdünken des Inspektors die Willkür der Schreie die Hausordnung bedrohte, Prügelstrafe.

Die letzten vierzehn Mann der Graudenzer Landwehrkompagnie verliessen 1889 das Zuchthaus. Das kleine Häuflein zusammengeschrumpfter Menschen stapfte gebückt über die Weichselbrücke, als von weitem gedämpfte Trommelwirbel vernehmbar wurden. Bald sahen die alten Männer einen langen, langsam vorschreitenden Menschenzug. Voran schritt ein feierlich aussehender Mann, der auf einem Kissen eine lange Reihe von Orden trug. Dann kam ein von Kränzen überdeckter Leichenwagen, dem ein aus Offizieren und vielen gewöhnlichen Menschen sich bildender Zug klagend folgte. Major Bellepsch wurde feierlich beerdigt.

Die Alten wankten weiter. Das Asyl nahm sie auf.

Heinrich Heining.

---

SPD. Das Land der Rundfunksender. Nach Mitteilung des amerikanischen Handelsministeriums sind in den Vereinigten Staaten 22 972 Radiosender in Betrieb. Davon sind 612 Rundfunksender, 18 994 Amateursender, 2 173 Schiffsverkehrs sender, 468 Handelssender, 391 Bildfunksender, 215 Flugverkehrssender und 119 geophysikalische Sender.

---

SPD. Der neue Shaw. Das jetzt fertiggestellte Stück Bernard Shaws "Zu wahr, um gut zu sein" wird erstmalig im Herbst im Londoner Queenstheater aufgeführt werden, dann anschliessend in Deutschland. Das Thema des Schauspiels wird historisch, seine Problematik jedoch aktuell sein.

---

SPD. Calmette preisgekrönt. Der französische Professor Calmette, dessen in Lübeck durch Fahrlässigkeit so katastrophal falsch angewandtes Tuberkuloseheilverfahren zu einem Massenkindersterben führte, wurde von der Akademie der Wissenschaft in Bologna durch den Alberto Rovishi-Geldpreis ausgezeichnet, da die Entdeckung Calmettes "für die Wohlfahrt der Menschheit von grösster Bedeutung" sei. Der Pariser Gelehrte überwies den Betrag einer italienischen Stiftung mit der Bestimmung, dass mit dem Gelder Tuberkuloseforschungen eines jungen italienischen Wissenschaftlers unterstützt werden sollen.

---